

# FBP kündigt vage Abstriche bei den Staatsausgaben an

Ernst Walch werde als Finanzminister alle Budgetpositionen auf Notwendigkeit und Wichtigkeit überprüfen.

**David Sele**

Nachdem die FBP ihre Listen für die Landtagswahlen 2025 gefüllt hat, wartete sie gestern mit den ersten Inhalten aus ihrem Wahlprogramm auf. In einer Pressekonferenz präsentierten Parteipräsident Alexander Batliner, Regierungschefkandidat Ernst Walch und Landtagskandidat Sascha Quaderer den Inhalt eines «finanzpolitischen Grundlagenpapiers».

Demnach geht es der Bürgerpartei im Wesentlichen darum, die Staatsausgaben präventiv zu überdenken. Denn angesichts der unsicheren geopolitischen Lage könnte der Haushalt rasch ins Wanken geraten. Wenn etwa Europa in eine Rezession fällt, wäre die stark exportorientierte Wirtschaft Liechtensteins stark betroffen, was letztlich zu massiven Einbussen bei den Steuereinnahmen führen würde. Um dann nicht einschneidende Sparmassnahmen umsetzen zu müssen, sei

es angezeigt, bereits heute gewissenhafter mit der Staatskasse umzugehen, so die Botschaft der Bürgerpartei. Denn Steuererhöhungen will die FBP vermeiden. Von aussen auferlegte Erhöhungen, etwa bei der Mehrwertsteuer (MwSt) oder der OECD-Mindeststeuer, will die FBP direkt oder indirekt den Steuerzahlern zurückgeben. Einnahmen aus der MwSt-Erhöhung sollen beispielsweise zur Finanzierung der AHV genutzt werden. Zugleich soll es aber auch keine Steuerensenkungen geben. Das Ziel sei, dass die Staatsausgaben mit den bestehenden Einnahmen gedeckt sind.

Gemäss der Finanzplanung für 2025 bis 2028 der aktuellen Regierung wird jedoch mit einem kumulierten Defizit von 396 Millionen Franken im betrieblichen Ergebnis gerechnet. Sich darauf zu verlassen, dass das Finanzergebnis, also die Erträge aus den angelegten Reserven, dieses Defizit auffangen könnte, oder gar die Reserven an-

zuzapfen, sei für die FBP aber kein gangbarer Weg. Daher sei es notwendig «frühzeitig die Kehrtwende beim Ausgabenwachstum einzuleiten», verkündete FBP-Regierungschefkandidat Ernst Walch vor den Medien.

## **Ernst Walch: FBP ist nicht in Regierungsverantwortung**

Somit stellt sich die Frage, welche Ausgaben die FBP in den kommenden Jahren denn tatsächlich streichen will. Eine Antwort darauf hatte die Bürgerpartei jedoch nicht parat. «Wir sind nicht in Regierungsverantwortung. Daher haben wir nicht die nötigen Unterlagen, um bereits einen fertigen Plan zu präsentieren», versuchte sich Regierungschefkandidat Ernst Walch zu rechtfertigen.

Tatsächlich ist die FBP aber in Regierungsverantwortung, sie stellt aktuell zwei von fünf Regierungsgliedern. Parteipräsident Alexander Batliner hält entgegen, dass das Fi-

nanzministerium seit 2021 vom VU-Regierungschef geführt wird. «Was da entschieden wird, entzieht sich unserer Kenntnis», meinte Batliner. Dass der Finanzminister in Liechtenstein nicht mehr Budgetkompetenz hat als jedes andere Regierungsglied und die Finanzhoheit ohnehin beim Landtag liegt, klammerte die Bürgerpartei in diesem Moment aus. «Es geht uns um die Grundhaltung und wenn wir diese nicht ändern, geht es immer so weiter», verwies Ernst Walch schliesslich wieder auf das Ziel einer kostenbewussteren Ausgabenpolitik.

Einige Stunden nach der Pressekonferenz folgte am Mittwochmittag sogleich der Konter der VU. In einem Schreiben an alle Medien heisst es, so kritisch wie von der Bürgerpartei dargestellt, stehe es nicht um den Staatshaushalt – und grossen Sparwillen hätten die FBP-Mandatare in den vergangenen vier Jahren auch nicht an den Tag gelegt. **3**